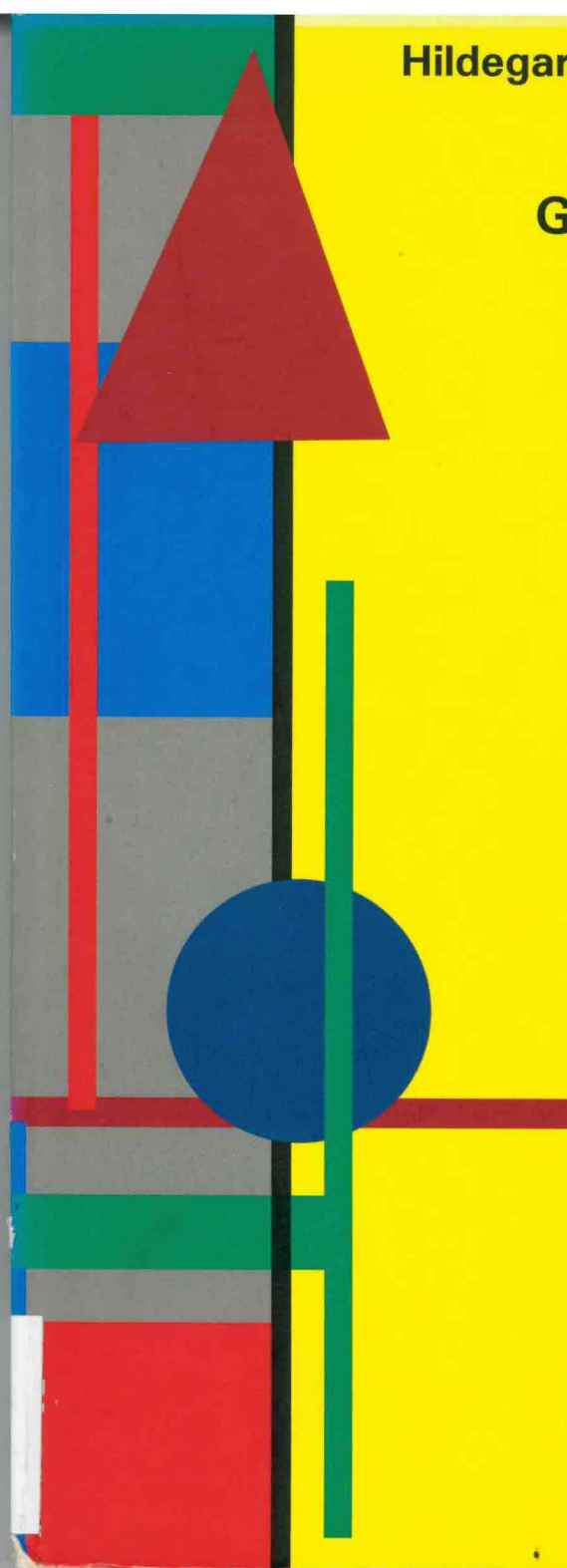


Hildegard Mogge-Grotjahn

**Gender, Sex und
Gender Studies**

Eine Einführung



Lambertus

DS 4000 M696 G3

6/1345
Hochschule Kempten
-Bibliothek-

ISBN 978-3-7841-1531-3

Alle Rechte vorbehalten

© 2004, Lambertus-Verlag, Freiburg im Breisgau

Umschlag, Gestaltung, Satz: Ursi Aeschbacher, Biel-Bienne

Herstellung: Franz X. Stöckle, Druck und Verlag, Ettenheim

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Inhalt

1. EINLEITUNG	7
2. MÄNNERGESCHICHTE, FRAUENGESCHICHTE, GESCHLECHTERGESCHICHTE	15
QUELLENTEXTE I: HISTORISCHE ORIENTIERUNG	31
Die Frau im Mythos der Frühzeit <i>Günter Dux</i>	31
Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin <i>Olympe de Gouges</i>	45
Das Recht der Frauen auf Erwerb <i>Louise Otto</i>	49
Gleiche Bildung für Mann und Frau <i>Johanna Kettler</i>	54
Freiwillige und besoldete soziale Arbeit <i>Alice Salomon</i>	60
3. DIE ZWEITE FRAUENBEWEGUNG UND DIE ENTSTEHUNG DER FRAUENFORSCHUNG – ENTWICKLUNG HIN ZU DEN GENDER STUDIES	67
4. GRUNDBEGRIFFE DER GENDER-FORSCHUNG UND WEGWEISER DURCH DEN Dschungel der GENDER-LITERATUR	81
5. GESCHLECHT, IDENTITÄT UND SOZIALISATION	93
6. SOZIALE UNGLEICHHEIT, LEBENSLAGEN UND GESCHLECHT ...	103
QUELLENTEXTE II: THEORETISCHE ORIENTIERUNGEN	116
Das Arrangement der Geschlechter <i>Erving Goffman</i>	116

LITERATUR

- Bange, Dirk/Deegener, Günter (1996): Sexueller Missbrauch an Kindern. Ausmaß, Hintergründe, Folgen. Weinheim
- Chodorow, Nancy (1986): Das Erbe der Mütter. Psychoanalyse und Soziologie der Geschlechter. München
- Enders-Dragässer, Uta/Sellach, Brigitte (1999): Der „Lebenslagen-Ansatz“ aus der Perspektive der Frauenforschung, in: Zeitschrift für Frauenforschung, Jg. 1999, Nr. 4, S. 56-66
- Gilligan, Carol (1984): Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau. München
- Glatzer, Wolfgang/Hübinger, Werner (1990): Lebenslagen und Armut, in: Döring, Dieter u.a.: Armut im Wohlstand. Frankfurt a.M.
- Godenzi, Alberto (1993): Gewalt im sozialen Nahraum. Basel
- Meyer, Dorit/Seidenspinner, Gerlinde (1999): Mädchenarbeit, in: Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (Hrsg.): (1999): Einheit der Jugendhilfe – 50 Jahre AGJ. Bonn
- Rauschenbach, Thomas/Schilling, Matthias (1997): Die Kinder- und Jugendhilfe und ihre Statistik. Neuwied
- Rommelspacher, Birgit (1992): Mitmenschlichkeit und Unterwerfung. Zur Ambivalenz der weiblichen Moral. Frankfurt a. M./New York
- Statistisches Bundesamt 2001 (Hrsg.): Gesundheitsbericht für Deutschland 2000. Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Wiesbaden

Quelle: Kuhlmann, Carola (2002): Sind Mädchen heute noch benachteiligt? Zum Diskurs von gleichen Chancen und benachteiligten Lebenslagen in der Jugendhilfe, in: Hammer, Veronika/Lutz, Ronald (Hrsg.): Weibliche Lebenslagen und soziale Benachteiligung. Theoretische Ansätze und empirische Beispiele. Frankfurt: Campus. Auszüge: S. 236ff.

Gender Mainstreaming: Bedeutung – Entstehung – Kontexte einer neuen politischen Strategie

Dorit Meyer

Die politische Strategie Gender Mainstreaming, die als EU-Richtlinie zum integralen Grundsatz aller Mitgliedstaaten erklärt und infolgedessen auch vom Bundeskabinett in seinem Beschluss vom 23. Juni 99 als strukturierendes Leitprinzip anerkannt wurde, kündigt für alle politischen Handlungsfelder und damit auch für die jugendpolitischen Aufgabenbereiche einen weitreichenden Perspektivwechsel an. Mit dem Ansatz von Gender Mainstreaming sollen die einseitig fokussierten Konzepte der „Frauenförderpläne“ erweitert und die Realisation von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern als allgemeine Aufgabe aller politischen Handlungsfelder und auf allen politischen Ebenen reklamiert werden. Bei allen künftigen politischen Operationen, bei ihrer Planung, Durchführung und Evaluation ist – so der verpflichtende Grundsatz von Gender Mainstreaming – zu prüfen, welche Auswirkungen sie auf Männer und auf Frauen haben oder haben werden. In dem vom Europarat erstellten Sachverständigenbericht „L’approche intégrée de l’égalité entre les femmes et les hommes. Cadre conceptuel, méthodologie et présentation des ‚bonnes pratiques‘“, der gleichfalls auf die Weiterentwicklung, Fortschreibung und Präzisierung dieser neuen Strategie setzt (Europarat 1998, 9), wurde die Zieldefinition von Gender Mainstreaming in der Übersetzung von Krell/Mückenberger/Tondorf wie folgt beschrieben:

„Gender Mainstreaming besteht in der (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung der Entscheidungsprozesse, mit dem Ziel, dass die an politischer Gestaltung beteiligten Akteurinnen den Blickwinkel der Gleichstellung zwischen Frauen und Männer in allen Bereichen und allen Ebenen einnehmen“ (Krell/Mückenberger/Tondorf 2000, 3).

Wie diese Zieldefinition deutlich werden lässt, bezieht sich der Gender Mainstreaming-Ansatz in erster Linie auf die administrativen und organisationsrelevanten Ebenen. Er ist dem ersten Augenschein nach eine klassische, administrative Topdown-Strategie, die vorrangig auf den politischen Entscheidungsebenen relevant und von dort aus in politische

Maßnahmen und Programme „übersetzt“ wird. Der Ansatz Gender Mainstreaming fungiert, anders als das bei der traditionellen Gleichstellungspolitik der Fall war, als Steuerungsverfahren, mit dem das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit unter dessen systematischer Berücksichtigung in die Entscheidungsprozesse von Organisationen integriert werden soll. Gender Mainstreaming bezieht sich dabei aber nicht nur auf die politischen Entscheidungen, die sich offenkundig auf die Lebenslagen von Frauen und Männern beziehen, sondern nimmt auch solche Entscheidungen in den Blick, in denen die geschlechtsbezogene Seite dem ersten Augenschein nach verborgen bleibt und die scheinbar keinen geschlechtsbezogenen Problemgehalt aufweisen. Gender Mainstreaming als politische Strategie lässt deutlich werden, dass jede politische Entscheidung eine geschlechtsbezogene Dimension hat, auch wenn diese Dimension nicht für alle Frauen und alle Männer von Bedeutung ist und nicht in jedem Fall auf eine grundsätzliche geschlechtsbezogene Differenz verwiesen oder von einer grundsätzlichen Unterschiedlichkeit ausgegangen werden kann. Dem Gender Mainstreaming-Prinzip liegt die Überlegung zugrunde, dass in Gesellschaften, die auf dem System einer polarisierten Zweigeschlechtlichkeit gründen (was nicht zu jeder Zeit für alle Gesellschaften galt), alle politischen Felder geschlechtsbezogen codiert sind, das heißt einem geschlechtsbezogenen Klassifikationssystem unterliegen.

Auf dieser Grundlage umfasst die neue politische Strategie gleichfalls den jugendpolitischen Aufgabenbereich, und damit auch die Bereiche und Handlungsfelder der Jugendhilfe. Doch jenseits der griffigen Headlines von Gender Mainstreaming, die den allgemeinen Rahmen der Umsetzung dieser politischen Strategie definieren, scheint es notwendig, Gender Mainstreaming bezogen auf den Aufgabenbereich der Jugendhilfe und ihrer Handlungsfelder zu präzisieren und die Veränderungsmöglichkeiten und Anforderungen dieser neuen Strategie auszuloten und zu spezifizieren. Aufgrund des pädagogisch situierten Aufgabenbereichs werden diese Veränderungsmöglichkeiten über Verfahren und Steuerungsmaßnahmen hinausgehen, die für die Umsetzung von Gender Mainstreaming auf den administrativen und organisationsrelevanten Ebenen bedeutsam werden und die zunächst im Mittelpunkt der neuen Strategie stehen. Damit diese Strategie auch für das Handlungsfeld der Jugendhilfe wirksam werden kann, das zwar ein politisch und rechtlich geregelter Bereich ist, aber im Kern den Eigengesetzlichkeiten der päd-

agogischen Praxis unterliegt und sich damit einer *direkten* politischen Steuerung weitgehend entzieht, erscheint es notwendig, sich der Komplexität des Gender Mainstreaming-Ansatzes zuzuwenden. Mit anderen Worten: Gerade im Blick auf ein gesellschaftliches Handlungsfeld, das Feld der Jugendhilfe, das genuin mit Fragen der Identität und der Identitätskonstruktionen konfrontiert ist, setzt die Implementierung und Umsetzung des Gender Mainstreaming-Ansatzes voraus, sich auch der inhaltlichen Präzisierung dieses Ansatzes zu widmen und seine Begrifflichkeiten, Implikationen und Hintergründe zu durchdenken. Deshalb ist auch die Frage nach seinen (theoretischen) Bezügen im Kontext der Frauen- und Geschlechterforschung zu stellen – auf deren Bedeutung und den notwendigen Erkenntnistransfer wiederholt in dem benannten Sachverständigenbericht des Europarats hingewiesen wird (Europarat 2000, 29; 35; 41f.). Zudem muss der Frage nachgegangen werden, in welchem Verhältnis Gender Mainstreaming zur traditionellen Gleichstellungspolitik von Frauen steht, welche Gemeinsamkeiten in beiden politischen Ansätzen verborgen liegen – etwa: gleiche Ziele, neue Strategien –, welche neuen Perspektiven aber auch durch Gender Mainstreaming als neues politisches Verfahren hervorgerufen werden oder werden können.

Der Gender Mainstreaming-Ansatz ist situiert in der Tradition der Herstellung von Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und des Abbaus geschlechtsbezogener Diskriminierungen. Auch wenn er keine „neue Strategie der Frauenbewegung“ (Stiegler 2000, 8) ist, so ist er doch ohne diese Bezugnahme kaum zu denken. Gender Mainstreaming ist eine konsequente Fort- und Weiterentwicklung der institutionalisierten Frauenpolitik und ihrer Begrenzungen, insofern der Ansatz der Gleichstellung als eine Problematik und Aufgabe beider Geschlechter und ihres Verhältnisses in den Blick kommt und gleichstellungsrelevante Optionen respektive Frauenfördermaßnahmen und -programme nicht weiter an eine separatistische Aktionsbühne delegiert werden. Vielmehr soll Gender Mainstreaming als systematische Handlungsstrategie in alle Politikfelder integriert werden, das heißt die Gesamtpolitik durchdringen. Gender Mainstreaming wird als komplementäre politische Strategie zur traditionellen Gleichstellungspolitik begriffen, die die Handlungsoptionen der Frauenförderpolitik erweitert. Während mit Hilfe der traditionellen Frauenförderpläne und Gleichstellungsmechanismen gezielt auf gesellschaftliche Problemlagen reagiert werden konnte und weiter-

hin kann (vgl. Schweikert 2000, 2f.), setzt Gender Mainstreaming auf die langfristige Implementierung einer geschlechtsbezogenen Sichtweise und die Integration von Verfahren, mit denen die Herstellung von Chancengleichheit als nachhaltige politische Aufgabe sichergestellt werden kann. Gender Mainstreaming und Frauenförderpolitik gelten gleichsam als „Doppelstrategie“ (Krell/Mückenberger/Tondorf) der anvisierten Zielsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern, das heißt auch, dass konkrete und spezifische Maßnahmen der Förderung von Mädchen und Frauen sich weiterhin als notwendig erweisen und umgesetzt werden müssen, diese aber in einem übergreifenden Gesamtkonzept integriert sind (ebenda, 2).

(THEORETISCHE) HINTERGRÜNDE VON GENDER MAINSTREAMING

Jenseits dieser verbindenden gemeinsamen Zielsetzung bringt die Strategie Gender Mainstreaming auch neue Tendenzen und Sichtweisen aus der Frauen- und Geschlechterforschung ins Spiel, die in den 90er Jahren als kritische Revision der „klassischen“ Frauenforschung heftig diskutiert wurden. Der Ansatz von Gender Mainstreaming hat sich im Wesentlichen in Bezugnahme auf die konstruktivistischen und dekonstruktivistischen Theorien der Frauen- und Geschlechterforschung entwickelt (Hoppe 2000, 19), die, neben dem Differenzansatz, der in den 70er und 80er Jahren als Form institutionalisierter Frauenforschung in die unterschiedlichsten Wissenschaftszweige eindrang, in den 90er Jahren auch an deutschen Universitäten und Fachhochschulen Einzug erhalten haben. Damit hatten sich zwei unterschiedliche Forschungsansätze, die Differenztheorie auf der einen und die konstruktivistischen beziehungsweise dekonstruktivistischen Ansätze auf der anderen Seite, etabliert (mit diversen Überschneidungen), über die gleichzeitig unterschiedliches politisches Handeln eingeleitet wurde (Bruhns 1995).

Mit der Etablierung der Differenztheorie in den 70er und 80er Jahren wurde das Geschlecht als (wissenschaftliche) Kategorie eingeführt und darauf aufmerksam gemacht, dass Frauen als das andere Geschlecht in den Gesellschaftsstrukturen „hegemonialer Männlichkeit“ (Connell) ausgeschlossen sind. Im Zuge dieser Etablierung wurden in den unterschiedlichen wissenschaftlichen Forschungsgebieten die verdrängten und verschwiegenen weiblichen Lebenslagen – in Abwendung zu den hegemo-

nialen männlichen Lebensrealitäten – in unzähligen Varianten „beforscht“ und sichtbar gemacht. Auf der politischen Ebene zog der Differenzansatz eine Strategie nach sich, die sich relativ unproblematisch aus der Wahrnehmung und Analyse des gesellschaftlichen Problems „Frauen und Mädchen werden grundsätzlich aus vielerlei Gründen durch ihre Geschlechtszugehörigkeit diskriminiert“ ableiten ließ. Das Ziel der politischen Strategie, die sich auf den Differenzansatz beruft, besteht dementsprechend in dem Aufbau einer „eigenen“ Frauenkultur und -politik, die an den weiblichen Bedürfnissen und Lebenslagen ansetzt und die Fähigkeiten, Ressourcen und Qualitäten von Frauen in den Blick nimmt beziehungsweise fördert. Der Differenzansatz gründet auf der Annahme einer anthropologischen Differenz zwischen den Geschlechtern (als grundsätzlicher biologischer und kulturell überformter Tatbestand) und schreibt die Geschlechterdichotomie unter Aufwertung ihrer „weiblichen“ Polarität fort, ein Ansatz, der auch deshalb in die (spätere) Kritik geriet, weil mit der Enthierarchisierung der Differenz keine „qualitative Veränderung des Geschlechterverhältnisses“ (Gildemeister/Wetterer 1992, 248) erreicht wurde. Auf der Ebene der institutionalisierten Politik fand dieser Differenzansatz aus der Frauenforschung seinen Niederschlag in frauenpolitischen „Sonderprogrammen“, die aber die „eigentliche“ Politik im Wesentlichen unberührt ließen.

Im Zuge der Etablierung der konstruktivistischen und dekonstruktivistischen Ansätze¹ der Geschlechterforschung, auf denen der Gender Mainstreaming-Ansatz im Wesentlichen basiert, wurde dagegen deutlich, dass die Vorstellung einer grundsätzlichen polaren Differenz zwischen den Geschlechtern, die Annahme einer ahistorischen Geschlechterdichotomie nicht aufrecht zu erhalten ist, das heißt nicht nur die binären Geschlechtsidentitäten keinesfalls naturgegeben sind, sondern dass dies auch auf das System der polaren Zweigeschlechtlichkeit selbst zutrifft, das gleichfalls nicht historisch relativ unverändert überdauert. Im Gegensatz zur Differenztheorie, die auf der Reklamation der Differenz zwischen den Geschlechtern basiert, wenden deshalb die konstruktivistischen und dekonstruktivistischen Theorien ihre Aufmerksamkeit der (hierarchischen) *Konstitution* des Systems der Zweigeschlechtlich-

1 Diese beiden Ansätze weisen durchaus unterschiedliche Bezüge auf und sind keineswegs gleichzusetzen. Sie werden an dieser Stelle nur gegenüber der Differenztheorie „vereinheitlicht“.

keit zu, indem sie danach fragen, wie sich die Differenz zwischen den zwei und auch nur zwei Geschlechtern herstellt, wie sie Bedeutung erlangt und *wie* ihre Herstellungsprozesse ablaufen. Sie zeigen auf, dass der Schein der Natürlichkeit, der die binäre Geschlechteranordnung umgibt, *Effekt* von (historischen) Prozessen und diskursiven Konstruktionen ist, mit denen das System der Zweigeschlechtlichkeit hervorgebracht wird und die spezifischen, alleingültigen Festlegungen und Normierungen von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ erzeugt wurden und werden. Die konstruktivistischen wie dekonstruktivistischen Ansätze zielen vor diesem Hintergrund auf politische Handlungsoptionen, die die Geschlechterdichotomie als (hierarchisches) System aufweichen, Zuschreibungen aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit und Normierungen von Geschlechtsidentitäten vermeiden und geschlechtliche Identitäten entgrenzen. Darüber hinaus machen diese theoretischen Ansätze darauf aufmerksam – und das scheint für jedes politische wie pädagogische Handeln von grundsätzlicher Bedeutung –, dass die Benennung von Differenzen, in diesem Fall von Geschlechterdifferenzen, niemals nur eine deskriptive Funktion hat, da, und dies bleibt ein paradoxer Vorgang, den es zu berücksichtigen gilt, mit der Thematisierung einer Differenz zwischen den Geschlechtern eine zugleich konstruierte Differenz wiederum aufgerufen und reifiziert wird, das heißt der Frage, wie Differenzen wahrgenommen und sprachlich markiert werden, selbst eine hohe Bedeutung zukommt. Sie weisen auf die Vorsicht hin, die bei der Benennung von Differenzen geboten ist, damit dieser Vorgang nicht wiederum eine zuschreibende und normierende Funktion erhält. (Genauso wie in diesen Theorien auf den nicht aufhebbaren und in der Alltagsrealität so selbstverständlichen Tatbestand verwiesen wurde, der noch viel zu wenig in Politik wie Pädagogik wahrgenommen wird, dass in unserem Sprechen über Frauen und Männer nicht nur die Geschlechterbezeichnungen zur [sprachlichen] Darstellung gebracht werden, sondern dass wir im Sprechen über Frauen und Männer zugleich normatives Wissen über die Geschlechter und das Geschlechterverhältnis reifizieren, bestätigen oder „unterlaufen“.)

Die unterschiedlichen (theoretischen) Kontexte, der Differenzansatz auf der einen und die konstruktivistischen beziehungsweise dekonstruktivistischen Ansätze auf der anderen Seite führen also zu unterschiedlichen politischen Strategien, die in die bereits benannte „Doppelstrategie“ eingehen. Trotz der geteilten Perspektive, der Herstellung von

Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern, werden mit dieser unterschiedlichen theoretischen Bezugnahme aber gleichzeitig auch differente Zielsetzungen und Perspektiven verbunden, die sich inhaltlich wesentlich unterscheiden. Diese Unterscheidungen werden immer dann eine Rolle spielen, wenn die inhaltlichen Ebenen der alten und neuen Gleichstellungspolitik aufgerufen werden, wenn es um konkrete politische Maßnahmen, Konzepte und Umsetzungsformen geht, das heißt, wenn es um die Konkretion dessen geht, was mit der neuen oder alten Gleichstellungspolitik erreicht und was vermieden werden soll.

DIE BEDEUTUNG VON GENDER MAINSTREAMING

Um die inhaltlichen und strukturellen Potenziale der Strategie Gender Mainstreaming – auch vor dem Hintergrund der traditionellen Gleichstellungspolitik – für das Feld der Jugendhilfe neu auszuloten, erscheint es deshalb in einem weiteren Schritt notwendig, die (politischen) Implikationen dieser neuen Strategie zu ergründen und zu analysieren. In diesem Zusammenhang macht es Sinn, die in der Bezeichnung Gender Mainstreaming zusammengeführten Termini einzeln in den Blick zu nehmen, um deren diskursive und kontextuelle Bestimmung zu erhehlen. Dieser Vorgang umfasst gleichfalls die Klärung der Frage, welche Bedeutungen und Implikationen in diesen Begrifflichkeiten verborgen liegen. Zunächst zu dem Terminus Mainstreaming, mit dem die Realisation von Chancengleichheit als instrumentelles Verfahren gekennzeichnet wurde.

Mainstreaming meint, und dies spiegelt sich auch in allen Beschreibungen und Texten wider, die Realisation von Chancengleichheit als Aufgabe aller politischer Handlungsfelder, ihre Durchsetzung auf allen Ebenen und in allen Bereichen, die Berücksichtigung der geschlechtsbezogenen Dimensionen bei allen Entscheidungsprozessen und die Überprüfung und Kontrolle aller politischer Maßnahmen dahingehend, welche Auswirkung sie auf Mädchen und Jungen, Frauen und Männer haben oder haben werden. Damit wäre auf die bekannten Headlines von Gender Mainstreaming verwiesen. Die Bedeutung und Möglichkeiten des Mainstreaming als Strategie lassen sich meines Erachtens erkennen, wenn man sie auf der Folie des Ansatzes der bisherigen Frauenpolitik und Frauenförderung analysiert. Mit der Strategie des Mainstreaming wird

gegenüber der traditionellen Gleichstellungspolitik ein grundsätzlich unterschiedliches politisches Konzept eingeführt, das sich nicht über fixierte Identitätskategorien herstellt. Der in der Zielsetzung des Mainstreaming intendierte Fokus der Realisation der Chancengleichheit in allen politischen Handlungsfeldern und auf allen politischen Ebenen verschiebt die Aufmerksamkeit von der Geschlechtszugehörigkeit auf die Schaffung von differenzierten (institutionalisierten) Rahmenbedingungen und politischen Verfahren, das heißt auf die strukturelle Ebene, auf die Veränderung der Kontexte und Strukturen, unter denen Frauen und Männer leben. Damit werden nicht Frauen weiter und allein als „Geschlecht markiert“ und Fördermaßnahmen an eine separatistische Aktionsbühne delegiert, sondern Chancengleichheit und Gleichstellung wird strukturell und kontextuell politisiert. Mit anderen Worten: Diese politische Strategie des Mainstreaming fungiert nicht als (institutionalisierte) Identitätspolitik, also der Vereinheitlichung einer Kategorie Frau, über die dann politisches Handeln eingeleitet wird, eine Politik, der auch viele Frauen skeptisch gegenüberstanden. (Dies gilt gleichfalls für die Frauenbewegung: So hat sich die Vereinheitlichung der Kategorie „Frau“ in Form eines gemeinsamen „Wir“ in der Zwischenzeit gleichfalls als kurzzeitiges Wunschdenken erwiesen, wollten sich die Frauen, die die Frauenbewegung vorgab zu repräsentieren, doch nicht repräsentieren lassen.) Mit dem Ansatz des Mainstreaming wird dagegen eine Form der Politik forciert, der interessanterweise die Forderung des feministischen Dekonstruktivismus inhärent ist, politische Konzepte jenseits von Identitätspolitik zu entwickeln oder besser: Konzepte zu entwickeln, die zwar die Identitätskategorien zitieren, weil keine anderen zur Verfügung stehen, die aber die Identitätskategorien nicht als fixierte, essentialistische Größen einsetzen. (In den „frauenbewegten“ Diskussionen um die Notwendigkeit der Identitätspolitik, und diese betreffen auch die Formen institutionalisierter Identitätspolitik, wurde wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass identitätspolitische Strategien, die auf einem Verfahren der Repräsentation beruhen, also, wie das für alle Emanzipationsbewegungen typisch ist, „im Namen von ...“ operieren, notwendigerweise auf Prozessen der Normierung von Identitäten und auf Verfahren der Ausschließungen basieren, gegen die sich diejenigen Frauen verwehrt haben, die sich in dem „Kollektivsubjekt“ Frau nicht wiederfanden [vgl. Hark 1999; Maihofer 1994; Young 1994]. Dieser Typus der Politik, mit der die Frauenbewegung wie andere soziale Bewe-

gung auch angetreten war und die an einem bestimmten historischen Punkt wesentlich dazu beigetragen hat, auf die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen aufmerksam zu machen, wurde somit zum Teil eines Problems, nämlich der Existenz und Fortschreibung gesellschaftlich aufoktroierter Differenzen, das sie zu lösen angetreten war [vgl. Hak 1999, 28], oder zumindest, das sie herauszufordern versuchte.)

Mit dem Ansatz des Mainstreaming wird dagegen, und das unterscheidet ihn von den Formen institutionalisierter Identitätspolitik, der Blick auf die Geschlechter und ihre Lebenslagen kontextualisiert. Dies heißt gleichfalls folgerichtig, dass die Differenzperspektive, die eine geschlechtsbezogene Differenz vorab als Raster der Zuordnung und Zuschreibung annimmt, negiert wird. Eine Differenz zwischen den Geschlechtern, die man als starre Folienstruktur über die politischen Handlungsfelder legen könnte, wird mit dem Ansatz des Mainstreaming ausgeschlossen. Im Gegenteil: Die Bestimmung geschlechtsbezogener Differenzen wird in einem umgekehrten Vorgang differenziert ermittelt. Im Zuge des Mainstreaming wird zunächst ein allgemeiner Blick auf die politischen Handlungsfelder geworfen, danach werden vorhandene geschlechtsbezogene Differenzen analysiert und daran anschließend mögliche Diskriminierungen thematisiert. Dies ist ein Vorgang, der Identitätskategorien nicht mehr als konsistente und stabile Größen fixiert. Weil politische Handlungsfelder, genauso wie die Lebenslagen von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen ihrem Wesen nach transitorisch sind, ihre Essenz nicht ein für allemal gegeben ist, werden auch die geschlechtsbezogenen Differenzen und damit die Identitätskategorien „Frau“ und „Mann“ zu fluktuierenden Größen, oder auch anders herum: Der Benennung und Konstruktion der Kategorien und der Kennzeichnung geschlechtsbezogener Differenzen kommt in diesem Prozess selber schon eine eminent wichtige politische Bedeutung zu. Diese Vorgänge sind selbst Teil des politischen Handelns.

Mit Mainstreaming als politischer Strategie kann eine stereotype Sichtweise auf *die* Frauen und *die* Männer vermieden werden. Es können differenziert die unterschiedlichen und keineswegs geschlechterhomogenen Lebensrealitäten in den Blick genommen und daran anschließend differenzierte politische Konzepte entwickelt und umgesetzt werden, die sowohl die Differenzen zwischen Frauen und Männern als auch diejenigen innerhalb der Gruppe der Frauen und innerhalb der Gruppe der Männer berücksichtigen. Damit wird auch der Tatsache Rechnung ge-

tragen, dass sich die Kategorie Geschlecht nicht aus ihren kulturellen und politischen Vernetzungen herauslösen lässt, Vernetzungen, die keine additive Summierung verschiedener Identitätszeichen beinhalten, wo die eine Kategorie von der anderen abgetrennt werden könnte. Gender Mainstreaming kann als politische Strategie dem Tatbestand Rechnung tragen, dass die Kategorie Geschlecht als *eine* bestimmende Determinante in relationalem Bezug zu anderen Kategorien wie Schicht, Ethnie, Alter etc. steht und nur in Verbindung mit diesen in den Blick genommen werden kann. Sie ist letztlich mit den anderen Kategorien verwoben, die aber gleichfalls ihrerseits keine gesicherten essentialistischen Strukturkategorien sind und die sich auch nicht als Summe fester Strukturgrößen von Identität addieren lassen (vgl. Nicholson 1994, 189).

In dem Ansatz des Mainstreaming liegen Potenziale verborgen, die als Versuche und Möglichkeiten gewertet werden müssen, eine Politik jenseits festgeschriebener, essentialistischer Kategorien von Geschlecht u.a. zu entwerfen. Er könnte, gerade weil er die Geschlechterproblematik von der festen Anbindung an die Konzeption der Identitätspolitik löst und die Realisation von Chancengleichheit kontextualisiert, zu einer tiefergreifenden Wahrnehmung und Lösung der „Geschlechterfrage“ beitragen, als dies für politische Programme gilt, die politisches Handeln mit dem Ziel des Abbaus geschlechtsbezogener Diskriminierungen über die einseitig reklamierte Geschlechtskategorie „Frau“ einleiten. Damit werden die Strategien und Maßnahmen der klassischen Gleichstellungspolitik nicht überflüssig, sondern grundlegend erweitert.

Hinsichtlich des zweiten verwendeten Terminus des Begriffspaares Gender Mainstreaming, nämlich Gender, scheint die Begriffsbestimmung auf den ersten Blick einfacher, da die Existenz der Zweigeschlechtlichkeit von Frauen auf der einen und Männern auf der anderen Seite in der (empirischen) Alltagsrealität eine tatsächliche unhinterfragbare Evidenz zu besitzen scheint, die nur dadurch zum (politischen) Problem erhoben wird, weil ihr eine gesellschaftliche Ungleichheit inhärent ist, weil Frauen in dem Klassifikationssystem der Zweigeschlechtlichkeit durch ihre Geschlechtszugehörigkeit diskriminiert werden.

Die Begrifflichkeit von Gender in der Benennung Gender Mainstreaming erscheint vielleicht auch deshalb nicht weiter erklärungsbedürftig. Wenn überhaupt auf die „internationale“ Begrifflichkeit und die Verwendung und Implikationen des Terminus Gender eingegangen wird (der auch im Englischen nicht zufälligerweise die Kategorie Woman ab-

gelöst hat), dann in der Form, dass er von der „anderen“ englischen Begrifflichkeit Sex abgegrenzt wird, das heißt, indem die Begriffsbezeichnung Gender als Konstrukt sozialer und kultureller Geschlechterrollen der vermeintlichen biologischen Grundierung der Geschlechterdifferenz gegenübergestellt wird (vgl. Stiegler 2000, 9), eine Trennung, die sich in der Zwischenzeit auch als unhaltbar erwiesen hat,² zumindest dann, wenn über scheinbar verbürgte Alltagsgewissheiten hinaus gedacht wird.

Bei einem genaueren Blick auf die Kategorie Gender wird dagegen deutlich, dass diese Kategorie alles andere als ein gesicherter Begriff ist. Die Begrifflichkeit Gender stiftet schon längst keine Gemeinsamkeit mehr, obgleich diese suggeriert wird. Sie ist vielleicht diejenige Kategorie, die nicht nur in der Frauen- und Geschlechterforschung im letzten Jahrzehnt am meisten in die Kritik geraten ist und die in der Zwischenzeit alles andere als konsistent verwendet wird (Nicholson 1994). Die Kategorie Gender ist keine unschuldige Begrifflichkeit, sondern aufgeladen mit politischen Bedeutungen, die sich teilweise, wenn nicht gar widersprechen, dann zumindest kaum verbinden lassen, und sie ist eine Begrifflichkeit, der persönliche Alltagsvorstellungen und individuelle Lebensgewissheiten inhärent sind. Genau diesbezüglich sollte u.a. die vom Europarat geforderte Fortschreibung und Weiterentwicklung der politischen Strategie (Europarat 1998, 9) ansetzen, um zu verhindern, dass über das Gender Mainstreaming-Prinzip vermeintlich gesicherte Alltagsvorstellungen hinsichtlich Frauen und Männern reproduziert werden und sich auf diesem Wege Glaubensvorstellungen über Frauen und Männer in politische Strategien einschleichen, die wiederum die

2 Diese Trennung, die einen scheinbar natürlichen biologischen Körper als Folie, als „stummen Diener“ (Nicholson) verschiedener kultureller und sozialer Einschreibungen annimmt, hat sich infolge der neuen Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung als unhaltbar erwiesen. Im Gegenteil: In unterschiedlichen Forschungsergebnissen wurde darauf verwiesen, dass auch der biologische Körper keine stabile, historisch und kulturell unveränderbare Kategorie ist und die Annahme der Differenz von zwei und auch nur zwei „natürlichen“ biologischen Geschlechtern selbst eine ahistorische Generalisierung beinhaltet. Das heißt, auch der scheinbar „natürliche“ zweigeschlechtliche Körper ist kein vorsoziales Gebilde, sondern immer schon diskursiv bedeutet. „Sex ist immer schon Gender gewesen“ (Butler 1991, 26), um es auf einen prägnanten Begriff zu bringen.

Alltagsvorstellungen über die Geschlechter und das Geschlechterverhältnis stabilisieren. Es erscheint vonnöten, die (verschwiegenen) Implikationen bei der Verwendung des Terminus Gender zu durchdenken. Dies ist besonders dann entscheidend, wenn es um die inhaltliche Präzisierung von „Gleichstellung“ geht, oder, siehe unten, wenn die Ziele pädagogischen Handelns im Zuge des Gender Mainstreaming-Prinzips in den Blick kommen. Die (unterschiedlichen) Verwendungen der Begrifflichkeit Gender müssen in den jeweiligen Kontexten präzisiert werden, weil die Kategorie selbst zu einem im ganz grundlegenden Sinne erklärungsbedürftigen Phänomen geworden ist. Dies erscheint auch deshalb notwendig, weil davon auszugehen ist, dass das jeweilige Verständnis von Gender und die entsprechende Sichtweise auf das Geschlechterverhältnis die Anforderungen nicht unberührt lassen, die an politisches Handeln gestellt werden, und was auf der Ebene der unterschiedlichen Handlungsfelder der Jugendhilfe für nötig gehalten wird. Ob im politischen oder pädagogischen Handeln zum Beispiel von einer „natürlichen“ biologischen Zweigeschlechtlichkeit ausgegangen wird, die im Zuge des Sozialisationsprozesses sozial und kulturell überformt wird, oder in der Annahme und der Naturalisierung der Zweigeschlechtlichkeit als hegemoniales System selber das Problem gesehen wird, von solchen unterschiedlichen Annahmen und Sichtweisen werden – vermutlich – andere Vorstellungen über die politische und pädagogische Praxis abgeleitet.

In diesem Zusammenhang ist es signifikant, dass die Einführung der Kategorie Gender, und damit auch der von der Frauen- und Geschlechterforschung eingeleitete Übergang von der Kategorie Frau hin zu der Kategorie Geschlecht, keineswegs nur einen Vorgang der Integration beschreibt, infolge dessen auch Männer als geschlechtliche Wesen „entdeckt“ und mit unter die Kategorie subsumiert wurden. Mit der Kategorie Gender wurde im Anschluss an die konstruktivistischen beziehungsweise dekonstruktivistischen Theorien ein Terminus eingeführt, mit dem das System der Zweigeschlechtlichkeit als umfassendes, hegemoniales Ordnungs- und Klassifikationssystem³ markiert wurde. Das System der Zweigeschlechtlichkeit, das abgesichert wird durch die „Dreieinigkeit“ (Meyer 2000, 75) von Sex, Gender und Begehren, die heterosexuelle Matrix⁴ moderner westlicher Gesellschaften (Butler 1991, 1995), prägt die Struktur aller gesellschaftlicher Bereiche. Gender ist in diesem Sinne eine omnirelevante Kategorie. Für die Konstruktionsprozesse von Geschlecht,

die Herstellung binärer Geschlechtsidentitäten bedeutet dies, dass damit politisch gesehen in Anschlag gebracht werden kann, dass wir nicht nur als Frauen (und gegebenenfalls als Männer) diskriminiert und benachteiligt werden, sondern auch dadurch, dass wir *Frauen oder Männer zu sein haben*. Das heißt, jenseits der empirisch vorhandenen Benachteiligungsstrukturen, die sich „objektiv“ dokumentieren lassen, werden in dieser Bestimmung von Gender auch die Ebenen als politisch relevant benannt, die die Prozesse der sozialen und kulturellen Repräsentationen von Geschlecht umfassen. Die Konstruktionsprozesse selbst, die sich entlang des vorgegebenen, rigiden Systems der Zweigeschlechtlichkeit vollziehen, werden damit als Formen der Gewalt in Augenschein genommen. Im Zuge der Infragestellung der selbstverständlichen Geltung des Systems der Zweigeschlechtlichkeit und seiner Denaturalisierung kommt der *Zwang* in den Blick, dem wir unterliegen bei der performativen Artikulation des einen oder anderen Geschlechts, das heißt der ritualisierten Wiederholung verfestigter Geschlechtsidentitäten oder – wie die sozialen Konstruktivistinnen sagen würden – der kontinuierlichen Produktion und Reproduktion der geschlechtlichen Zuordnung im Prozess des „Doing Gender“. Dieser Moment ist auch über den Tatbestand hinaus von Bedeutung, der erkennen lässt, dass diese performative Artikulation des einen oder anderen Geschlechts, die Produktion und Reproduktion binärer Geschlechtsidentitäten in einem gesellschaftlichen Raum geschlechtsbezogener Ungleichheit stattfindet.

Im Zuge der Analyse des Systems der Zweigeschlechtlichkeit wurde die Kategorie Gender als Begrifflichkeit definiert, die eine weit reichende po-

3 Dieses System der Geschlechteropposition gründet auf einer Dichotomie, die, wie man weiß, auch allen anderen Oppositionen unserer Kultur inhärent ist. So findet sich die Dichotomie der Geschlechterdifferenz wieder in der Opposition Geist/Materie, Bewusstes/Unbewusstes, Vernunft/Gefühl, Kultur/Natur, in deren Rahmen das Weibliche nicht nur mit der jeweils untergeordneten Position besetzt wird, sondern der Verdrängung unterliegt. Diese hierarchische Struktur, die das Weibliche unterordnet und als konstitutives Moment der Rede verschweigt, durchzieht die gesamte symbolische Ordnung, also alles, was sich als Diskurs, Gesellschaft, Religion etc. (vgl. Meyer 1999, 20f.) organisiert.

4 In diesem Zusammenhang sollte festgehalten werden, dass es Judith Butler zu verdanken war, dass sie die Begrifflichkeiten von Sex und Gender und ihr Verhältnis zueinander um die Einführung der Begrifflichkeit des Begehrens und damit der Definition der heterosexuellen Matrix erweitert hat.

litische Klassifizierung beinhaltet. Sie hat in dieser Funktion wesentlichen Anteil an der Konstruktion sozialer Regelsysteme, die die Eintrittsorte der Subjekte bestimmen und die den Raum kulturell erlaubter Geschlechtsidentitäten begrenzen, einen Raum, dem die Individuen nicht entfliehen können. Der Zwangscharakter des Ordnungssystems der Zweigeschlechtlichkeit, das nur binär zurechnungsfähige Subjekte (Krauß 2001) erlaubt, wurde damit als das wesentliche Moment der Etablierung der polarisierenden Geschlechtskategorien „Frau“ und „Mann“ in den Blick genommen, eine Analyse, die über die Feststellung objektiver geschlechtsbezogener Benachteiligungsstrukturen hinausgeht und die die politische Dimension der Kategorie Gender bedeutend erweitert.

GENDER MAINSTREAMING UND DAS FELD DER JUGENDHILFE

Ähnlich wie das für andere politische Handlungsfelder gilt, ist auch das Feld der Jugendhilfe damit konfrontiert, die Strategie Gender Mainstreaming aufzunehmen und angemessen umzusetzen. Gerade für das Feld der Jugendhilfe, als genuin pädagogisches Handlungsfeld, geht die Strategie Gender Mainstreaming deutlich über mögliche Steuerungsverfahren auf den administrativen und organisationsrelevanten Ebenen hinaus, da die Auseinandersetzungen mit der Geschlechterthematik und dem Geschlechterverhältnis selbst dann ein originärer Bestandteil der (pädagogischen) Praxis ist, wenn diese Bezugnahme offensichtlich nicht geleistet oder gar negiert wird. In den Handlungsfeldern der Jugendhilfe ist Handeln im Sinne des „Undoing Gender“ unmöglich.

Die Implementierung der Gender Mainstreaming-Strategie in die Jugendhilfe umfasst verschiedene Ebenen. Zunächst kommt, infolge der Umsetzung von Gender Mainstreaming als Top-down-Strategie, die institutionelle Ebene in den Blick. Hierbei stehen Möglichkeiten der Integration dieses Prinzips in die Strukturen der Organisationen der Jugendhilfe im Mittelpunkt. Die Implementierung von Gender Mainstreaming und die Realisation von Chancengleichheit auf der institutionellen Ebene betrifft die Leitbildentwicklung einer Organisation und ihre Qualitätssicherungsverfahren, die Personalplanung und Personalpolitik, und damit auch die Frage nach der gleichen Teilhabe von Frauen an Leitungspositionen, die Arbeitsbedingungen, das Beurteilungswesen und die Einführung eines „Gleichstellungscontrollings“ (Krell/Mückenber-

ger/Tondorf 2000, 20) etc. Die weitere Ebene dieses Prozesses umfasst die MitarbeiterInnenebene und – daran eng gebunden – die Ebene der Adressatinnen in den spezifischen Handlungsfeldern der Jugendhilfe. Während die Implementierung von Gender Mainstreaming bezogen auf die institutionelle Ebene vorrangig in Organisationsentwicklungs- und Qualitätssicherungsverfahren integriert werden kann und deren Erfolge sich an nachprüfbaren „objektiven“ Ergebnissen dokumentieren lassen, erscheint sie auf der Ebene der Mitarbeiterinnen und Adressatinnen wesentlich komplexer, da hier auch jenseits struktureller Fragen die inhaltlich-konzeptionellen Seiten der (pädagogischen) Praxis berührt werden und infolgedessen auch die Ebene der Interaktion zwischen den Mitarbeiterinnen und den Adressatinnen.

Jenseits dessen, wie viel Gewicht man der Beziehungsseite pädagogischen Handelns zuschreibt, ist von herausragender Bedeutung, dass die professionelle Praxis der Jugendhilfe in einem Feld situiert ist, in dem die performative Artikulation des einen oder anderen Geschlechts ein permanenter Vorgang ist beziehungsweise die kontinuierliche Produktion und Reproduktion der geschlechtlichen Zuordnung gewollt oder ungewollt immanent von allen Beteiligten in einem Prozess der Interaktion vollzogen wird und die professionelle Praxis bestimmt. Jenseits von allgemeinen Anforderungen, die ausgehend von dem Gender Mainstreaming-Ansatz an die Jugendhilfe gestellt werden können, wie die Forderung nach dem Abbau geschlechtsbezogener gesellschaftlicher Benachteiligungen, der Erweiterung biographischer Handlungsoptionen für Mädchen wie Jungen und den Möglichkeiten einer gleichberechtigten Teilhabe unabhängig von der Geschlechtszugehörigkeit, sind die Felder der Jugendhilfe ein offener Schauplatz geschlechtsbezogener Konstruktionsprozesse. Das heißt, gerade für die Mitarbeiterinnen in den spezifischen Handlungsfeldern der Jugendhilfe ist in Bezug auf den Gender Mainstreaming-Ansatz nicht nur zu erwarten, dass sie sich den „realen“ geschlechtsbezogenen Benachteiligungen und Benachteiligungsrisiken zuwenden, mit dem Ziel, ihnen entgegenzuwirken, sondern dass sie auch die Gender-Prozesse im Rahmen ihres professionellen Handelns in Augenschein nehmen, die auf den Ebenen der Normierung oder Entgrenzung von Identitätskonstruktionen relevant werden. Die Wahrnehmung dessen, dass im Rahmen des eigenen Handelns kontinuierlich geschlechtsbezogene Bedeutungen hervorgerufen und reproduziert werden und somit ein offener Beitrag geleistet wird, mit dem das rigide System der Zweigeschlechtlichkeit auf-

gerufen, bestätigt oder auch in Frage gestellt wird, wäre dabei von vorrangiger Relevanz. Denn dass die Sichtweisen der Mitarbeiterinnen direkten Einfluss auf die (pädagogische) Praxis haben, ist evident: Wo etwa die Annahme einer rigiden Zweigeschlechtlichkeit das Denken und die Wahrnehmung der Mitarbeiterinnen strukturiert, wird sie auf das pädagogische Handeln zurückwirken (Krauß 2001). Die Auseinandersetzung mit der Gender-Thematik verlangt einen hohen Einsatz seitens der Professionellen und eine weitgehende Reflexionsbereitschaft. Mit dieser Hinwendung kommen darüber hinaus Fragen ins Spiel,⁵ die die klassischen Ansätze geschlechtsbezogener Arbeit in der Jugendhilfe erweitern und jenseits der bekannten Auseinandersetzung um „Schuld und Versöhnung“ ansetzen. Etwa die Fragen danach, wie es im Rahmen des professionellen Handelns gelingen kann, sich aus dem Denken in binären Oppositionen zu befreien und statt dessen ein Denken in Mehrdeutigkeiten zu ermöglichen, beziehungsweise mit welchen Ansätzen und Konzepten das System der Zweigeschlechtlichkeit und die Normierungen von „weiblich“ und „männlich“ unterlaufen, wie also der Normierungszwang hintergangen werden kann. Oder weiter: Wie lassen sich scheinbar fixierte Geschlechterpositionen und geschlechtsspezifische Zuschreibungen denaturalisieren? Wie kommen Geschlechtergrenzen in Bewegung, beziehungsweise wie lassen sich Geschlechtergrenzen verschieben und Identitäten vervielfältigen? Wie lässt sich eine pädagogische Praxis entschärfter Identitäten forcieren, die nicht mehr auf das Prinzip essentialistischer Gender-Kategorien und scheinbar verbürgter Geschlechterdifferenzen setzt, sondern eine Vielzahl von Identitäten jenseits der Zweigeschlechtlichkeit für möglich hält?

Diese Fragen sind auch jenseits der Ebenen, die auf die Strukturen sozialer Ungleichheit abheben, wichtig. Dennoch ist hinsichtlich dieser inhaltlichen Dimensionen der Strategie Gender Mainstreaming zu erwarten, dass solche Fragestellungen nur dann auf eine positive Resonanz

⁵ Diese Fragen sind auch bezüglich der Folgen zu stellen, die als Ergebnis der gesellschaftlichen Individualisierungsprozesse vermutet werden, nämlich des Tatbestandes der Flexibilisierung der Geschlechterpolaritäten als einer Folge der Flexibilisierung der (Arbeits-)Gesellschaft. Man könnte auch von einem Ende der Eindeutigkeiten sprechen, an dem sich auf der einen Seite die klaren Abgrenzungen zwischen den Geschlechtern verwischen, während diese in anderen Zusammenhängen gerade zu betont erscheinen (vgl. Meyer 2000, 77).

bei den Mitarbeiterinnen wie bei den Adressatinnen stoßen werden, wenn sichtbar wird, dass infolge eines solchen Ansatzes der Identitätszwang, dieses oder jenes Geschlecht sein zu müssen, sich diesen oder jenen Normierungen von „Weiblichkeit“ oder „Männlichkeit“ unterwerfen zu müssen, wenn nicht aufgehoben, so doch gemindert werden kann. Auf der Ebene der Mitarbeiterinnen und der Adressatinnen, das heißt auf der Ebene der (pädagogischen) Praxis, wird – so ist zu vermuten – die Strategie Gender Mainstreaming nur dann erfolgreich sein, wenn auch die Mitarbeiterinnen wie die Adressatinnen ein Interesse daran haben, dass die Geschlechtergrenzen in Bewegung geraten und das System der Zweigeschlechtlichkeit in seiner polaren Anordnung von zwei und auch nur zwei Geschlechtern porös wird.

LITERATUR

- Bruhns, Kirsten (1995): Frauenförderung und Dekonstruktion: Unvereinbarkeit oder Ungleichzeitigkeit?, in: Haas, Erika (Hrsg.): „Verwirrung der Geschlechter. Dekonstruktion und Feminismus.“ München/Wien, S. 187-203
- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt a. M.
- Butler, Judith (1995): Körper von Gewicht. Frankfurt a. M.
- Europarat (1998): L'approche intégrée de l'égalité entre les femmes et les hommes. Cadre conceptuel, méthodologie et présentation des „bonnes pratiques“. Strasbourg
- Gildemeister, Regine/Wetterer, Angelika (1992): Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung, in: Gudrun-Axeli Knapp/Angelika Wetterer (Hrsg.): Traditionen – Brüche. Freiburg i. Br., S. 201-254
- Hark, Sabine (1999): Deviante Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität. Op-laden
- Hoppe, Heidrun (2000): Nur neue Begriffe oder mehr? „Mainstreaming“, Dekonstruktivismus und „Affidamento“ in der Frauen- und Geschlechterforschung, in: Neue deutsche Schule Jg. 52, S. 18-19
- Krauß, Andrea (2001): Identität und Identitätspolitik bei Judith Butler, in: Einwüfe, Bundesmodellprogramm „Mädchen in der Jugendhilfe“. Berlin
- Krell, Gertraude/Mückenberger, Ulrich/Tondorf, Karin (2000): Gender Mainstreaming – Informationen und Impulse. Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales

- Maihofer, Andrea (1994): Geschlecht als Existenzweise. Einige kritische Anmerkungen zu aktuellen Versuchen zu einem neuen Verständnis von „Geschlecht“, in: Institut für Sozialforschung Frankfurt (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt a. M., S. 168-187
- Meyer, Dorit (1999): Die Dimension des Geschlechts im Kontext des Strukturwandels der Jugend und Jugendphase, in: Gabriele von Ginsheim/Dorit Meyer (Hrsg.): Geschlechtersequenzen. Dokumentation des Diskussionsforums zur geschlechtsspezifischen Jugendforschung. Berlin, S. 13-24
- Meyer, Dorit (2000): Immer noch Geschlechtsstereotype in der Erziehung?, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche. Münster
- Nicholson, Linda (1994): Was heißt gender?, in: Institut für Sozialforschung Frankfurt (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt a. M., S. 188-220
- Schweikert, Brigitte (2000): Grundlagenpapier zu Gender Mainstreaming. <http://www.bmfsfj.de/Mainstr.PDF>
- Stiegler, Barbara – Friedrich Ebert Stiftung (2000): Wie Gender in den Mainstream kommt. Konzepte, Argumente und Praxisbeispiele zur EU-Strategie des Gender Mainstreamings. Bonn
- Young, Iris Marion (1994): Geschlecht als serielle Kollektivität: Frauen als soziales Kollektiv, in: Institut für Sozialforschung Frankfurt (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse und Politik. Frankfurt a. M., S. 221-261

Quelle: Meyer, Dorit (2001): Gender Mainstreaming: Bedeutung – Entstehung – Kontexte einer neuen politischen Strategie, in: von Ginsheim, Gabriele/Meyer, Dorit (Hrsg.): Gender Mainstreaming – neue Perspektiven für die Jugendhilfe. Berlin: Stiftung SPI, S. 25-40.

Literatur

- Abels, Heinz (1998): Interaktion, Identität, Präsentation. Kleine Einführung in interpretative Theorien der Soziologie. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Akademie der Wissenschaften zu Berlin (1992): Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung. Hg. von Paul B. Baltes und Jürgen Mittelstraß. Berlin/New York: de Gruyter
- Ålund, Aleksandra (2003): Buch, Brot und Denkmal – „Ethnic Memory“ bei jugendlichen Migrantinnen der 2. Generation, in: Apitsch, Ursula/Jansen, Mechtild M. (Hrsg.): Migration, Biographie und Geschlechterverhältnisse. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 38-64
- Andresen, Sabine (1997): Mädchen und Frauen in der bürgerlichen Jugendbewegung. Soziale Konstruktion von Mädchenjugend. Neuwied/Kriftel/Berlin: Luchterhand
- Apitzsch, Ursula (2003): Einleitung, in: Dies./Jansen, Mechtild M. (Hrsg.): Migration, Biographie und Geschlechterverhältnisse. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 7-19
- Apitzsch, Ursula/Jansen, Mechtild M. (2003) (Hrsg.): Migration, Biographie und Geschlechterverhältnisse. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Appelt, Erna/Neyer, Gerda (1994) (Hrsg.): Feministische Politikwissenschaft. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik
- Arbeitskreis Frauen und Gesundheit im Norddeutschen Forschungsverbund Public Health (1998) (Hrsg.): Frauen und Gesundheit(en) in Wissenschaft, Praxis und Politik. Bern/Göttingen/Toronto/Seattle: Hans Huber
- Ariès, Philippe/Duby, Georges (1989) (Hrsg.): Geschichte des privaten Lebens. 5 Bände. Frankfurt a. M.: Fischer
- Backes, Gertrud M. (1993): Frauen zwischen „alten“ und „neuen“ Alter(n)srisiken, in: Naegle, Gerhard/Tews, Hans Peter (Hrsg.): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 170-187
- Backes, Gertrud M. (1997): Das Alter ist „weiblich“? – Oder: zum hierarchisch komplementären Geschlechterverhältnis im Alter, in: Zeitschrift für Frauenforschung, Heft 4/1997, S. 92-105
- Backes, Gertrud M./Clemens, Wolfgang (2003²): Lebensphase Alter. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Altersforschung. Weinheim/ München: Juventa
- Badinter, Elisabeth (1991/1980): Die Mutterliebe. Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute. München: Piper
- Becker, Ruth (2000): Riskante Sicherheiten: Von gefährlichen Orten und sicheren Räumen, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, Heft 4/2000, S. 49-65